

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE

Rede beim Steinkohlentag

am 10. November 2009, Philharmonie Essen Saalbau

Es gilt das gesprochene Wort

Herzlichen Dank für die Einladung, vor dem so genannten „großen“ Steinkohlentag zu sprechen. Ich freue mich über diese Ehre und werte sie als Signal für die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen Gesamtverband Steinkohle und IG BCE vor allem in der Kohle- und Energiepolitik.

„Wir wollen eine ideologiefreie, technologieoffene und marktorientierte Energiepolitik.“ Diesen Satz hätte ich – allenfalls um das Wort „umweltverträgliche“ ergänzt – in der Grundsatzrede nach meiner Wahl zum IG-BCE-Vorsitzenden sagen können. Doch er stammt wörtlich aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP.

Sie sehen, in diesem Vertrag finden sich wichtige Aussagen, mit denen ich übereinstimme. Mit einigen bin ich nicht einverstanden. Und viele Fragen bleiben offen.

Herr Staatssekretär Homann, auf einen Punkt möchte ich Sie persönlich ansprechen. Das Bundeswirtschaftsministerium will laut Koalitionsvertrag prüfen, welche Maßnahmen im Rahmen des Emissionshandels zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie und der damit verbundenen Arbeitsplätze gegebenenfalls vor 2013 erforderlich sind. Sie selbst haben gesagt, dass wir schon jetzt einen Kompensationsmechanismus brauchen, denn – ich zitiere – „es nutzt dem Ertrinkenden nichts, wenn ihm der Rettungsring erst 2013 zugeworfen wird“. Ich kann das nur nachdrücklich unterstreichen. Wir haben schon im letzten Jahr in dieser Frage gut zusammengearbeitet. Dafür vielen Dank. Ich würde mich freuen, wenn das so bleibt. Und – diese Gelegenheit kann ich nicht ungenutzt lassen - noch schöner wäre, wenn wir das auch auf das Thema Kohle ausdehnen könnten.

Die Koalition will spätestens innerhalb des nächsten Jahres ein neues Energiekonzept vorlegen. Diese Absicht kann ich nur begrüßen. Das letzte stammt von Helmut Schmidt, ein neues ist lange überfällig. Allerdings lässt der Koalitionsvertrag offen, welche Qualität dieses Konzept haben soll. Ist es als Ausgangspunkt für eine öffentliche Diskussion gedacht? Oder will die Bundesregierung, quasi ex cathedra, ein Konzept verkünden? Wer wird dann an der Erarbeitung beteiligt? Und welchen Grad der Verbindlichkeit soll es haben?

Die Erfahrung lehrt, dass die Realisierung eines solchen Konzepts nur gelingen kann, wenn es breite Unterstützung findet. Wir brauchen nicht nur ein neues Konzept, wir brauchen einen neuen Energiekonsens, der langfristig die Weichen stellt für eine ausgewogene, sichere, preisgünstige und umweltfreundliche Energieversorgung. Darüber sollten Regierung, betroffene Unternehmen, gesellschaftliche Gruppen und Gewerkschaften gemeinsam beraten. Wenn am Ende nötig, auch bei einem Energiegipfel. Die IG BCE ist bereit und fähig, sich an der Konsensfindung zu beteiligen.

Zur Zukunft der Kernenergie beantwortet der Koalitionsvertrag eine Frage in lobenswerter Klarheit: Neue Kernkraftwerke wird es nicht geben. Wichtige andere Fragen bleiben offen. Die wichtigste: Wie lange sollen die Kernkraftwerke denn nun länger laufen dürfen? Lassen Sie mich die Wahrnehmung der Probleme ergänzen: Uran ist ein begrenzter Brennstoff. Und

er kommt zu großen Teilen aus Ländern, die nicht zu den politisch stabilsten zählen. Auch hier wird deutlich: Kernenergie ist in der Tat - wie es der Koalitionsvertrag formuliert - nur eine Brückentechnologie.

Und auch hier ist Akzeptanz das Schlüsselwort. Wer wirklich ein tragfähiges Energiekonzept will, dem muss daran gelegen sein, Konfrontation zu vermeiden. Versöhnen, statt spalten. Hier in Nordrhein-Westfalen, wo ja sogar der CDU-Ministerpräsident das Erbe von Johannes Rau pflegt, ist der Hinweis auf dieses Motto doppelt angebracht. Eine Kernenergie-Kontroverse brächte erneut eine unproduktive Blockade. Ein Energiekonsens würde in weite Ferne rücken. Deshalb sei auch deutlich gesagt: Die Kohle lässt sich durch Kernenergie nicht ersetzen. Allenfalls umgekehrt wird ein Schuh draus.

Der Koalitionsvertrag bekennt sich zur kohlepolitischen Verständigung vom 7. Februar 2007. Pacta sunt servanda. Für die IG BCE ist das selbstverständlich. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Wesentlicher Bestandteil dieser Verständigung ist die Revisionsklausel. Die nehmen wir nach wie vor sehr ernst.

Seit Februar 2007 haben wir dramatische Entwicklungen erlebt: Gewaltige Sprünge bei den Energie- und Rohstoffpreisen, Verknappungen, die Finanzkrise, Beihilfen für Banken in bisher unvorstellbaren Größenordnungen. Welchen Beweises bedarf es eigentlich noch, dass die Revisionsklausel richtig ist? Sehen Sie mir die eigenwillige Steigerungsform nach: Sie ist heute noch richtiger als vor gut zwei Jahren.

Sie alle kennen unsere Argumente gegen den Auslaufbergbau - viele sind heute hier bereits genannt worden - deshalb zähle ich sie nur kurz auf: Beitrag zur Versorgungssicherheit vor allem beim Strom, Sicherung der technologischen Spitzenstellung und des Erfahrungsschatzes der Bergleute, Erhalt des Zugangs zu Lagerstätte.

Ich habe es in meiner Grundsatzrede beim IG-BCE-Kongress gesagt, und ich wiederhole es hier ausdrücklich: Der Ausstieg war vor der Wahl falsch, der Ausstieg ist auch nach der Wahl falsch. Und der Kongress hat diese Position mit überwältigenden Mehrheiten für die entsprechenden energiepolitischen Anträge bekräftigt.

Die Befürworter des Ausstiegs stützen sich allein auf das Argument der Kosten. Derzeit reden wir – je nach dem Kohlepreis auf dem Weltmarkt - noch über staatliche Beihilfen von knapp 1,4 Milliarden Euro pro Jahr. Für eine funktionierende Finanzversorgung unserer Volkswirtschaft durch die Banken haben wir weit größere Summen aufgebracht. Und das war richtig. Ist eine sichere Energieversorgung weniger wichtig?

Die Schwächen des Kostenarguments hat auch eine Prognos-Studie offengelegt, die wir der Initiative des Gesamtverbandes Steinkohle zu verdanken haben. Danach liegen die fiskalischen Folgekosten eines Kohleausstiegs durch Arbeitsplatzverluste, sinkende Einnahmen bei Steuern und Sozialabgaben sowie wachsende Ausgaben für Arbeitslosigkeit über den eingesparten Subventionen. Das gilt weiter, die Finanzkrise dürfte diese Problematik eher noch verschärft haben, da der Ersatz im Bergbau und bei seinen Zulieferern wegfallender Arbeitsplätze noch schwieriger wird.

Ich will gar nicht bestreiten, dass ein Sockelbergbau auch Geld kosten wird. Allerdings bin ich davon überzeugt, dass die nötigen Beihilfen langfristig sinken werden, unter bestimmten Bedingungen sogar auf Null. Doch ich will hier keine Spekulationen über die möglichen Kosten eines Sockelbergbaus anstellen. Im Gegenteil: Ich schlage vor, sie genau zu evaluieren. Ideologiefrei – wie eingangs zitiert. Deshalb bitte ich den Gesamtverband Steinkohle und die RAG AG, belastbar und nachvollziehbar die Kosten durchzurechnen. Was kostet der Sockelbergbau unter welchen Rahmenbedingungen? Das sollte in einem überschaubaren Zeitrahmen möglich sein, damit die Ergebnisse rechtzeitig vor dem Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen vorliegen. Denn spätestens dann wird die Zukunft des Steinkohlenbergbaus wieder Gegenstand einer breiten öffentlichen Debatte sein. Und diese Debatte würde ich gern auf sachliche Argumente stützen und nicht auf Vorurteile.

Die Entscheidung über Auslaufbergbau oder Sockelbergbau liegt bei der Politik, ebenso die Verantwortung für die Folgen. Doch unabhängig davon, wie sie ausfällt, sind wir sicher einig darüber, dass wir schnell eine neue Beihilferegulierung der EU benötigen. Die Zeit drängt, die bisherige Regelung läuft Ende 2010 aus. Ab 2011 brauchen wir eine neue Richtlinie oder Verordnung der EU. Die Kommission lässt dazu bisher keine Bereitschaft erkennen. Das europäische Recht muss in Einklang mit dem Steinkohlenfinanzierungsgesetz gebracht werden, gleich ob Auslauf- oder Sockelbergbau. Da ist an erster Stelle die Bundesregierung gefordert. Eine Lösung sollte möglich sein, denn auch andere EU-Länder haben ein Interesse an der Fortsetzung der bisherigen Beihilferegulierung. Herr Staatssekretär Homann, ich muss Sie als Vertreter des Bundeswirtschaftsministers erneut bemühen, schließlich haben sie die Kompetenz für Rettungsringe ja bereits für sich reklamiert: Machen Sie die deutsche Steinkohlenförderung europafest. Wir brauchen Sicherheit, nicht zuletzt wegen der Sozialverträglichkeit, die ja von allen Beteiligten ausdrücklich zugesichert worden ist.

Sozialverträglichkeit bleibt für die IG BCE der Dreh- und Angelpunkt. Sie werden sich fragen, warum ich das hier noch einmal so betone. Die Ereignisse im Saarland machen das leider nötig. Nachdem die Beendigung des Steinkohlenbergbaus an der Saar sozialverträglich und tarifvertraglich abgesichert ist, hat die neue Koalition verabredet, im Bundesrat eine Initiative für ein früheres Auslaufen des Steinkohlenbergbaus zu starten. Kein Gedanke an die Folgen für die Bergleute vor allem in Nordrhein-Westfalen, die übrigens saarländische Kollegen solidarisch bei sich aufnehmen. Für einen billigen Kompromiss wird hier mit den Schicksalen von Menschen gespielt. So ein Verhalten nenne ich schäbig. Es mag ja sein, dass Jamaika jetzt an der Saar liegt. Ich hoffe jedoch sehr, dass karibische Nonchalance nun nicht zum politischen Gestaltungsprinzip erhoben wird.

Das Stichwort Europa habe ich bereits genannt. An anderer Stelle ist Europa weiter als wir. Der europäische Rahmen für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung von CO₂ ist durch eine Richtlinie längst gesetzt, doch Deutschland hat ihn noch nicht ausgefüllt. Bäuerliche Befindlichkeiten in Bayern und Schleswig-Holstein haben kurz vor der Wahl ein bereits von der Bundesregierung gebilligtes CCS-Gesetz gestoppt. Im Koalitionsvertrag werden nun die zeitnahe Umsetzung der EU-Richtlinie und Werbung um Akzeptanz angekündigt. Das ist dringend nötig und jeder Unterstützung wert.

Denn CCS kann entscheidend zur Bewältigung des Klimawandels beitragen. Und das durch Fortschritt und Technologie, nicht durch Rückschritt und Verzicht. Bei der Solarenergie stößt diese Erkenntnis auf breite Akzeptanz. Obwohl Deutschland gewiss kein Sonnenparadies ist, obwohl der vergleichsweise geringe Beitrag von Sonnenstrom zur Gesamtversorgung erst durch Subventionen und Milliarden-Umlagen für die Stromverbraucher möglich wurde. Solarstrom gilt als sexy.

Gerade in Zeiten der Krise müssen wir darauf achten, dass wir unsere Mittel möglichst effizient einsetzen. Auch beim Klimaschutz. Solarenergie ist ohne Frage eine Zukunftstechnologie. Sie schafft bei uns qualifizierte Arbeitsplätze und Exportchancen, und sie kann in anderen Ländern deutlich höhere Beiträge zur Energieversorgung leisten. Deshalb lohnt es sich, sie zu fördern. In welcher Form und in welcher Höhe, darüber muss nachgedacht werden, besonders bei der Anwendung hierzulande. Wir müssen stärker darauf achten, unseren technologischen Vorsprung und die Qualität der Arbeitsplätze hierzulande zu sichern, statt die Exporte chinesischer Anlagenbauer zu begünstigen.

Es gibt auch andere Energien, die effizient, kostengünstig und zugleich klimaverträglich sind. Nicht nur regenerative. Auch die Kohle. Deutschland ist bei der Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid weltweit Spitze. Die CCS-Technologie macht Stromerzeugung fast ohne CO₂-Emissionen möglich. Sie ist ebenso wie die Solarenergie eine Zukunftstechnologie. Auch sie wird bei uns qualifizierte Arbeitsplätze und Exportchancen schaffen. Auch sie kann in anderen Ländern in großem Maßstab eingesetzt werden. Und im Gegensatz zu vielen erneuerbaren Energieträgern kann sie bei uns allein wegen des hohen Anteils von Stein- und Braunkohle an der Stromerzeugung wesentlich mehr für den Klimaschutz und die Energieversorgung leisten. In China und anderen Ländern erst recht. Denn weltweit wird der Einsatz von Kohle massiv zunehmen.

Doch CCS finden bislang allenfalls einige Fachleute sexy. Das muss sich ändern. Ich will hier gar nicht von Subventionen reden. Die sind bei den hohen Entwicklungskosten sicherlich sinnvoll. Natürlich braucht CCS noch Zeit und Entwicklung, genauso wie Offshore-Windenergie oder Solarstrom. Doch es geht jetzt vor allem darum, der Zukunftstechnologie CCS zum Durchbruch zu verhelfen. Wir in Deutschland haben gute Chancen, uns hier an die Spitze des Fortschritts zu stellen. Wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft, kann die Industrie die nötigen Investitionen vornehmen.

Dazu sind drei Dinge nötig:

- als erstes ein Gesetz, das CCS fördert, nicht verhindert;
- zweitens verstärkte gemeinsame Anstrengungen, die Akzeptanz für diese Zukunftstechnologie fördern;
- und schließlich eine gemeinsame CCS-Infrastrukturgesellschaft unter Beteiligung des Bundes. Sie wäre am besten geeignet, die gewaltigen Aufgaben zu bewältigen, vor denen wir stehen. Denn es geht nicht nur um die Technik der Abscheidung in den Kraftwerken und später auch anderen Industriebetrieben. Wir brauchen ein umfangreiches Pipeline-Netz und Speicherstätten an unterschiedlichen Orten, oft ohne direkten Bezug zu industrieller Produktion. Und nicht zuletzt muss auch die stoffliche Verwertung von CO₂ etwa in der chemischen Industrie organisiert werden.

Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen auch für die Energiepolitik. Wir wollen Klimaschutz, wir wollen, dass Deutschland und Europa umweltfreundliche Industriestandorte bleiben. Aber dazu müssen sie auch wettbewerbsfähige Standorte bleiben. Deutsche Industrieunternehmen verzeichnen im internationalen Vergleich der Energiekosten bereits seit Jahren Wettbewerbsnachteile. Mit zunehmender Tendenz. Doch klimapolitische Ziele dürfen die Entwicklungspotenziale unserer Industrie nicht gefährden. Sonst wird industrielle Produktion, vor allem energieintensive, an Standorte außerhalb der EU verlagert. Das hätte zusätzliche Emissionen zur Folge. Klima und Umwelt ist damit nicht gedient.

Deshalb unterstützen wir die Bemühungen, weltweite verbindliche Strategien zur Bekämpfung des Klimawandels zu verabreden. Das ist der beste Weg, unfaire Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Solange keine verbindlichen Minderungsziele für alle großen CO₂-Emittenten gelten, sind einseitige Minderungen der EU über die heutige Vorreiterrolle hinaus ökonomisch und ökologisch falsch. Sie könnten bei uns zum Aus für hocheffiziente Produktionen führen, die oft auch für den Klimaschutz wertvolle Beiträge leisten. Das fängt bei hocheffizienten Kraftwerken an, geht über Wärmedämmstoffe und Glasfaserkabel und hört bei Energiesparlampen nicht auf.

In gut einem Monat soll in Kopenhagen ein neues UN-Klimaabkommen abgeschlossen werden. Ein ehrgeiziges Ziel, nicht zuletzt weil die Vereinigten Staaten, Schwellenländer wie China und Indien und auch die Entwicklungsländer einbezogen werden sollen. Es wäre schön, wenn das gelingen würde. Doch nun zeichnet sich ab, dass ein verbindliches Abkommen in Kopenhagen noch nicht zu Stande kommen könnte. Das ist kein Grund, in Weltuntergangsstimmung zu verfallen.

Wie gesagt, wir wollen ein weltweites wirksames Klimaschutzabkommen. Aber wenn es noch ein bisschen Zeit braucht, etwa weil Präsident Obama in seinem Land noch Widerstände überwinden muss oder Finanzierungszusagen für die Dritte Welt noch offen sind, sollten wir uns diese Zeit nehmen. Dafür ist das Thema viel zu wichtig. Mir ist ein international bindendes, belastbares und nachprüfbares Abkommen etwas später lieber, als ein Formelkompromiss im Dezember in Kopenhagen. Es geht um wirksamen Klimaschutz, nicht um Ankündigungsrekorde und Gesichtswahrung für Politiker. Was wir auf keinen Fall gebrauchen können, ist ein kosmetischer Kompromiss, der Deutschland und die EU veranlasst, ihr für eine Einigung angekündigtes CO₂-Minderungsziel von 30 Prozent scharf zu stellen. Dann müssten die Beschäftigten in der deutschen und europäischen Industrie erneut die Zeche zahlen.

Wenn es einen Industriezweig gibt, der um die Bedeutung von Akzeptanz in der Bevölkerung weiß, dann ist es der Steinkohlenbergbau. Sie haben mit Öffentlichkeits-Kampagnen und Nachbarschaftsarbeit viel getan, an dem sich andere ein Beispiel nehmen können. Ich bedaure, dass die politischen Rahmenbedingungen diese Arbeit eingeschränkt haben.

Datteln ist nur eines von vielen Beispielen, das uns vor Augen führt, welche hohe Bedeutung Akzeptanz für industrielle Produktion hat. Ich will mich zu Thema Datteln nicht weiter äußern, Sie wissen, dass die IG BCE den Bau hocheffizienter Kohlekraftwerke unterstützt, und Sie, Frau Ministerin Thoben, haben ja bereits angekündigt, alles dafür zu tun, dass Datteln keine Industrieruine wird. Ich möchte Datteln nur zum Anlass nehmen, Wirtschaft und Politik zu verstärkten Anstrengungen aufzurufen, die Bedeutung industrieller Produktion für unseren Wohlstand einer breiten Öffentlichkeit bewusst zu machen.

Selbstverständlich ist industrielle Produktion mit Belastungen verbunden, selbstverständlich sind bestimmte Technologien umstritten. Entscheidend ist aber immer, ob Risiken beherrschbar oder verantwortbar sind. Wenn das so ist, sollten wir ihre Chancen dann auch nutzen. Ideologiegetriebene Auseinandersetzungen helfen da nicht weiter. Wir setzen auf eine offene, faire und sachorientierte Debatte über Risiken und Chancen. Auf Dauer brauchen wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von industrieller Produktion und von Forschung und Entwicklung, wenn neue Technologien und neue Produkte weiterhin aus Deutschland kommen sollen.

Darum hat die IG BCE die Politik aufgefordert, eine „nationale Strategie für Industriepolitik“ auf den Weg zu bringen, die klare Ziele setzt, Planungssicherheit schafft und Anreize für Forschung und Entwicklung setzt.

Doch auch die Unternehmen sind gefordert. Auch sie müssen deutlich machen, dass es ohne technologischen Fortschritt, ohne innovative Produktionsprozesse und ohne neue Produkte keine gute Zukunft geben wird.

Für Gewerkschafter war der enge Zusammenhang zwischen industriellem und technischem Fortschritt und sozialem Fortschritt stets klar. Angesichts der Zurückhaltung vieler Unternehmen muss man den Eindruck gewinnen, es sei ihnen peinlich, zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen. So verzagt kann man nicht überzeugen.

Wir erwarten, dass sich die Unternehmen in die gesellschaftliche und politische Diskussion begeben und Überzeugungsarbeit leisten, statt zu lamentieren. Das gehört zu einem modernen Verständnis von Unternehmertum in einer demokratischen Gesellschaft.

In der Finanzkrise hat ein unter Volkswirtschaftlern fast vergessenes Wort seine Wiederauferstehung erlebt: Realwirtschaft. Den Menschen wird wieder bewusst, dass industrielle Produktion die Basis unseres Wohlstandes ist. Untrennbar dazu gehört sichere Energie. Diese Chance gilt es zu nutzen.

Glück auf.